

Antrag 2023/II/Arb/4

Kreis Bergedorf

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Betriebliche Ausbildung stärken – umlagefinanzierter Landesausbildungsfonds für Hamburg

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, in Abstimmung mit dem Koalitionspartner
- 3 1. eine Expert*innenkommission zur Einführung eines umlagefinanzierten Landesausbildungs-
- 4 fonds‘ einzusetzen, die
- 5 a) den Ausbildungsmarkt in Hamburg mit Blick auf Versorgungs- und Besetzungsprobleme
- 6 b) Maßnahmen und Erfahrungen der bisherigen Berufsbildungspolitik in Hamburg
- 7 c) Forschungsstände zu umlagefinanzierten Ausbildungsfonds
- 8 d) Beispiele zur umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie unter Berücksichtigung der unter der
- 9 als Ausbildungsgarantie bezeichneten, durch den Bundestag beschlossenen Gesetzesänderun-
- 10 gen im Weiterbildungsgesetz unter Beteiligung der Gewerkschaften untersucht und einen Ab-
- 11 schlussbericht vorlegt.
- 12 Die SPD Hamburg wird aufgefordert,
- 13 2. in einer Projektgruppe gemeinsam mit Vertreter*innen der Bürgerschaftsfraktion, den Ju-
- 14 sos Hamburg und der AfA Hamburg, in Abstimmung mit den Gewerkschaften bis zum Lan-
- 15 desparteitag, auf dem das Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl 2025 beschlossen wird,
- 16 ein Konzept für eine Umlagefinanzierung zur Stärkung der betrieblichen Ausbildung auszuar-
- 17 beiten, das sich am Bremer Modell orientiert und dabei bereits gewonnene Erfahrungen so-
- 18 wie Hamburg-spezifische Faktoren, sowie den Vorschlag der Expert*innenkommission einflie-
- 19 ßen lässt. 3. ein Umlagesystem, entsprechend den Ergebnissen zur Stärkung der betrieblichen
- 20 Ausbildung, genannt “Landesausbildungsfonds” in das Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl
- 21 2025 aufzunehmen und es zu einem zentralen Thema des Jugendwahlprogramms zu machen.

22 Begründung

23 Wir Sozialdemokrat*innen sind nicht nur historisch eng mit der Arbeiter*innenbewegung ver-

24 bunden. Auch heute sind wir die Stimme von Auszubildenden in der Landes- und der Bundes-

25 regierung. Die Einführung der Mindestausbildungsvergütung im Bund oder die Einführung des

26 hvv BonusTickets sind nur zwei Beispiele. Als Sozialdemokrat*innen sind wir uns der Bedeutung

27 von dualer Berufsausbildung nicht erst bewusst, seitdem Industrie und Handwerk nach Fach-

28 kräften rufen. Wir sind es, die an der Seite junger Fachkräfte stehen und an der Seite derer, die es

29 noch werden wollen. Doch gibt es leider noch immer zu viele, denen diese Möglichkeit verwehrt

30 bleibt. Trotz des Fachkräftemangels sind im letzten Jahr rund 230.000 Jugendliche im Über-
31 gangsbereich ohne Aussicht auf einen voll qualifizierenden Berufsabschluss hängengeblieben.
32 Nur etwa zwei Drittel aller ausbildungsinteressierten Jugendlichen schaffen auch den Sprung
33 in die Ausbildung. Zudem haben in Deutschland mehr als 2,3 Millionen Menschen im Alter zwi-
34 schen 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss – die Tendenz ist seit Jahren steigend. Nicht ein-
35 mal mehr 20 Prozent der hiesigen Unternehmen bilden aus. Prekäre Beschäftigung und Arbeits-
36 losigkeit sind für junge Menschen oft die Folge. Darüber hinaus benötigen Arbeitgeber*innen
37 vom Industrieunternehmen bis zum Handwerksbetrieb um die Ecke dringend Fachkräfte, aber
38 auch im Gesundheitssektor und vielen sozialen Einrichtungen sind Nachwuchskräfte rar und
39 die Auswirkungen dessen schwer einschätzbar. Schon jetzt kostet der akute Fachkräfteman-
40 gel die Bundesrepublik laut Schätzungen jährlich 78 Milliarden Euro verlorener Wirtschafts-
41 leistung. Es ist begrüßenswert, dass die Ampelkoalition eine Ausbildungsgarantie in das Wei-
42 terbildungsgesetz aufgenommen hat. Wir haben nun schon einen gesetzlichen Anspruch auf
43 einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz in Regionen, in denen das Problem am größten ist
44 und auch die Jugendberufsagenturen werden gestärkt. Während der Koalitionsvertrag noch ta-
45 riflich vereinbarte Ausgleichsfonds begrüßte, fehlt die Stärkung der betrieblichen Ausbildung
46 komplett. Am Ende muss klar sein: Nur eine Umlagefinanzierung schafft wirksame Anreize,
47 damit mehr Unternehmen mehr Ausbildungsplätze bereitstellen und diese auch mit ausbil-
48 dungsinteressierten Bewerber*innen besetzen. Bereits im Juni 2023 hat die SPD Hamburg mit
49 dem Beschluss 2023/I/Bil/4 Ausbildungsgarantie – aber richtig! die Forderung einer Umlage-
50 finanzierung auf Bundesebene gestützt. Da wir uns dort nicht durchsetzen konnten, müssen
51 wir jetzt auf Landesebene aktiv werden.